

Bürgerpolitik statt Parteipolitik – ein steiniger Weg in Tirol von Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer mit ihrem Team

Wir sind 2008 mit dem Anspruch angetreten „Gelebte Bürgerpolitik statt diktierter Parteipolitik“ in den Tiroler Landtag einzubringen und umzusetzen. Ein Anspruch, der von den Wählerinnen und Wählern seinerzeit den höchsten Zuspruch zu unseren Aussagen erfahren hat (Befragung der Uni Innsbruck). Nun, nach viereinhalb Jahren ist es durchaus Zeit, nachzusehen und nachzudenken, was daraus geworden ist, ob es gelungen ist, diesen Anspruch umzusetzen oder ob er gescheitert ist. Vor allem aber nachzudenken, ob dieser Anspruch in einer Zeit, in der Politik“ pauschal und generell ein mehr als schlechtes Image auch in unserer Wahrnehmung aufweist, doch „dauerhaft“ abgesichert werden kann.

BürgerKlub Tirol ab 6. November 2009

Wir, das sind Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer, haben uns im November 2009 zu einem eigenen Klub zusammengeschlossen und arbeiten seit dieser Zeit mit einem Teil der Wählergruppe aus dem Jahr 2008 sehr intensiv zusammen und bringen uns aktiv zu den – aus unserer Sicht – wichtigsten Themen des Landes ein. Der Rest der Wählergruppe von der zur Landtagswahl 2008 angetretenen Partei „Fritz Dinkhauser – Bürgerforum Tirol“ hat sich nach der Landtagswahl von dieser Partei verabschiedet (diese Partei ruht heute als Parteileiche im Bundesministerium für Inneres) und im Dezember 2009 eine neue Partei gegründet (Bürgerforum Tirol – Liste Fritz). Diese Trennung wird als hinlänglich bekannt voraus gesetzt und hat eine Reihe von Ursachen:

Es war nach der Landtagswahl 2008 die Ansage, nun auch für die Nationalratswahl kandidieren zu wollen, was wie von uns befürchtet, voll danebengegangen ist, sehr viel Geld aus der Tiroler Parteiförderung gekostet hat und bei unseren Wählerinnen und Wählern bis zum heutigen Tag nicht goutiert wurde. Ebenso hat es schon 11 Tage nach der Wahl eine erste und mehr als deutliche Aussage gegeben, welche die Gruppe gespalten hat, denn anlässlich der ersten größeren Zusammenkunft noch mit einigen Vertretern aus den Bezirken hat es plötzlich geheißen: „**Wir sind nicht mehr in der Verantwortung**“ (Gesprächsprotokoll vom 19. Juni 2008) und das bei einem Ergebnis von 18,35 % Stimmenanteil!

Da derzeit noch Parteiurkunden von der OStA Innsbruck auf Ihr rechtmäßiges Zustandekommen geprüft werden, wollen wir das nicht mehr weiter kommentieren – Thomas Schnitzer mit seinen mehr als 20 Jahren Gemeindepolitik (davon 18 Jahre als Bürgermeister von Ehrwald) und Fritz Gurgiser mit seinem jahrzehntelangen Bürgerengagement in der Transit-, Gesundheits- und Wirtschaftsproblematik konnten diese Aussage nicht mittragen. Aus unserer Sicht ist jede Mandatarin und jeder Mandatar, die/der einen Sitz im Tiroler Landtag erreicht, „**in der persönlichen Verantwortung**“ gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern und hat diese wahrzunehmen.

Zum Wechselspiel von Regierung und Opposition.

Von Beginn an haben wir uns eindeutig und klar dazu bekannt, an diesem aus unserer Sicht längst überholten „Wechselspiel“ so gut als möglich NICHT teilzunehmen. Da wir der festen Meinung sind, dass sich das Land Tirol (wie viele andere Länder auch) diese Art von Politik bei wichtigen Themen längst nicht mehr leisten kann. Beispiele dafür:

Vor der Landtagswahl hat es von Fritz Gurgiser die Vorgabe und in Folge die klare Vereinbarung in der Gruppe gegeben, dass es keinen Klubzwang geben darf. Letztlich war es dann am Abstimmungstag so, dass der Abgeordnete Gottfried Kapferer bekannt gegeben hat, dass „der Klub gegen das Budget zu stimmen habe“. Fritz Gurgiser hat damals auf Grund der Diskussionen im Klub und mit dem Finanzreferenten dem Budget zugestimmt und damit erstmals den Beweis auch dafür angetreten, dass er nicht bereit war, das „**Grundrecht auf Meinungsfreiheit**“ in der Politik abzugeben. Viel später wurde diese Vorgangsweise einmal mehr als richtig bestätigt, hat doch Fritz Dinkhauser in einem persönlichen Schreiben an Teile der Wählergruppe folgenden Satz zur damaligen Budgetabstimmung geschrieben: „**Es ist national und international üblich, dass die Opposition gegen das Budget der Regierung stimmt**“ (Schreiben vom 10. September 2009). Eine peinliche Haltung und ein klares Zeichen, dass es nicht um den Inhalt, sondern nur um's „dagegen“ ging.

Es ist auch bei allen weiteren Angelegenheiten wie Misstrauensantrag und versuchter U-Ausschuss gegen LR Anton Steixner ähnlich chaotisch zugegangen. Es ist auch entgegen anderen Behauptungen nie darum gegangen, dass zwei „Alpha-Tiere“ nicht miteinander konnten – es ist immer nur darum gegangen, was von den anderen eben unterschätzt wurde, dass mit Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer 2008 zwei Tiroler angetreten sind, für welche die Prinzipien „**Handschlagsqualität, Ehrlichkeit und das Einhalten von Wahlversprechen**“ selbstverständlich sind und die sich auch nicht auf die Ebene der persönlichen

Vernäherungen, Anpatzereien und des Diskreditierens von Personen, Institutionen etc. gestellt haben, auch wenn immer wieder der Versuch gemacht wurde, diese von uns **abgelehnte Negativpolitik** dadurch zu legitimieren, indem es als „oppositionelle Kernaufgabe“ dargestellt wird.

Wir sind angetreten, um „**nach bestem Wissen und Gewissen und unabhängig von Partei- und Klubzwängen**“ unsere Vorschläge auszuarbeiten, im Tiroler Landtag dafür eine Mehrheit zu suchen, um in Folge Tirol mitzugestalten. Diesen politischen Anspruch leben alle, die seit Sommer 2008 mit uns arbeiten und auch wieder mit uns zur Wahl 2013 antreten werden, wenn es uns gelingt, für unsere Vorstellung genügend MitstreiterInnen zu finden. Die heutige Form des Klubzwangs ist zugleich die „**größte Missachtung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit**“ und führt seit Jahren dazu, dass sich Wählerinnen und Wähler von der Politik abwenden – bis hin zum Verzicht auf das Wahlrecht.

Gemeinsame Ziele.

Ein Schwerpunkt an gemeinsamen Zielen ist gegeben – auch wenn diese nach Jahren ungelöst sind, bleiben sie im Vordergrund der politischen Arbeit.

Die sehr teure **Lebens- und Wohnsituation** insbesondere im städtischen Bereich, der Umgang mit allen **sozialen Errungenschaften** von Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Bildung etc. (die immer schwerer zu finanzieren sind) bis hin zum **größten ausgewiesenen Luftsanierungsgebiet** des Binnenmarktes im Nordtiroler Zentralraum sowie **Natur- und Lebensraumschutz** im Allgemeinen in einem Land, welches nur knapp 12 % besiedel- und bewirtschaftbare Fläche aufweist, wovon aber bereits rund die Hälfte vielfältig genutzt werden und mit der Enge die Probleme größer werden.

In allen diesen Fragen herrscht grundsätzlich Konsens und dennoch ist es kaum zu glauben, dass auch die einfachsten Angelegenheiten nicht geregelt werden können. Daher der Versuch von ein paar Erklärungen, weshalb das eine oder andere anscheinend „unmöglich“ ist – mit dem dezenten Verweis darauf, dass es sich in den meisten Fällen (neben politischen Interessen) vorrangig um vier Buchstaben handelt, die einer Lösung entgegenstehen: **GELD**.

Die Agrarfrage scheitert in einigen wesentlichen Agrargemeinschaften bisher vor allem daran, weil es um sehr viel Geld geht, welches aber in Zukunft ohnedies in den Gemeinde- und Agrarkassen fehlen wird, weil es zu ein paar Rechtsanwälten verschoben wird und weil es politisch für einige höchst wichtig ist, mit diesem Thema weiter in der Öffentlichkeit „Politik“ zu machen. Dass

dabei ganze Dorfgemeinschaften gegeneinander ausgespielt werden und die einzigen Profiteure bei denen zu finden sind, die jahre- und jahrzehntelange Rechtsstreitereien verfolgen, darf eigentlich nicht „Ziel“ der Landes- und Gemeindepolitik sein.

Die Transitfrage scheitert in erster Linie daran, dass wohl noch nie so viel Geld daran verdient wurde wie heute. Rund 1,8 Millionen internationale Transitlaster, diese Betriebe ebenso wie die Fahrzeuge weitab von Tirol angemeldet wie auch ein großer Teil der Fahrer (Sklaven der Landstraße) und dennoch werden die Kassen „gut gefüllt“: Roadpricing und Maut in die Wiener ASFINAG-Kassen sowie die Mineralölsteuer in die Kasse der Finanzministerin. **Der Preis dafür:** Seit 1. Oktober 2002 größtes zusammenhängendes „belastetes Gebiet“ (Luftsanierungsgebiet) mitten im Nordtiroler Zentralraum, Überschreitung der JahresMITTELwerte an Stickstoffdioxidbelastung an den Luftgütemessstellen Kundl, Vomp und Gärberbach von +70 bis + 120 % (2011), dadurch unverhältnismäßig hohe Auflagen für Klein- und Mittelbetriebe aller Art in Bezug auf Betriebsneuansiedelung sowie –erweiterung, Verschlechterung der Erfolge sämtlicher Klimaschutzgemeinden im Einzugsbereich der Autobahn bzw. stark befahrener Bundesstraßen, Rückgang beim Ziel der „Verlagerung eines Teils des internationalen Lkw-Transitverkehrs“ auf die Eisenbahn, die vom österreichischen Steuerzahler in den letzten zwei Jahrzehnten auf neuesten Stand gebracht wurde und vieles andere mehr. Unter dem Strich der brutale Befund: **„Tirol hat Lärm, schlechte Luft und Arbeitsplatzverluste – Wien hat die Einnahmen der Straße und der Tankstellen“**. Ein mehr als schlechtes Geschäft, weil das wichtigste Gut des Menschen, die Gesundheit, tagtäglich belastet, gefährdet und geschädigt wird.

Zum „Wohnen“: „Leistbares Wohnen“, „Sozialer Wohnbau“, „Wohnen muss wieder leistbar sein“ usw. – das ist im Jahr 2008 auf den Wahlplakaten gestanden und alle haben sich dazu bekannt, in diesem wichtigen Existenzbereich die IST-Situation zu verbessern. Bloß, was ist geschehen? Nicht einmal die Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrages ist gelungen, die **Befriedigung dieses Grundbedürfnisses** wird auf Grund der sinkenden Reallohneinkommen sowie der Zunahme von absonderlichen Arbeitsverhältnissen immer schwieriger. Wer einmal die Zeitungen an einem Wochenende studiert, der braucht, wenn sein Herz für dieses Land und sein Menschen schlägt, ohnedies gute Nerven: Profilanforderungen von jungen Menschen bis hin zum Mathematikprofessor und dafür eine Entlohnung wie ein besserer Hilfsarbeiter. Das passt alles hinten und vorne nicht mehr zusammen – denn der Weg, der jungen Menschen offen steht, die Fremdfinanzierung, ist für viele ein Weg, der direkt in die **„Wohnraumschuldenfalle“** führt. Und trotzdem ist es bis heute

nicht gelungen, „Wohnen leistbarer und sozialer“ zu machen und das gibt uns sehr zu denken.

Die „gelebte Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“.

Genauso kritisch müssen die ganzen Bekenntnisse und Anstrengungen zur Verbesserung der im Bereich Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit usw. gesehen werden. Warum fehlt denn der Mut, endlich auch einmal offen und ehrlich eine Diskussion über die Ursachen zu führen, warum immer mehr Menschen „**kein Dahoam**“ mehr haben? Überspitzt formuliert: Die Jungen ab einem halben Jahr in eine „Betreuung“ und die Alten, kaum dass sie nicht mehr im Erwerbsleben stehen, ab in ein Heim – ist das der vielgerühmte „**Tiroler Weg im angeblich familienfreundlichsten Bundesland**“? Können wir uns damit zufrieden geben?

Wir im Bürgerklub Tirol bekennen uns vollinhaltlich zu einer „**gelebten Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft**“, weil wir wissen, dass nur eine intakte Gesellschaft, in der **Jung und Alt in allen Bereichen aufeinander Rücksicht nehmen**, eine Region stark macht. Deshalb muss die Frage gestellt, diskutiert und gelöst werden, wer denn all dies „dauerhaft und nachhaltig“ finanzieren soll, wenn politische Mehrheiten auf Landes- und Bundesebene immer noch nicht imstande sind, öffentliche Gelder weit besser als bisher nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und hohen Beschäftigungswirksamkeit incl. der lokalen Steuer- und Abgabenrückflüsse zu investieren.

Bestbieterprinzip und fairer Wettbewerb.

Es ist für uns nach wie vor unverständlich, warum sich bspw. die Tiroler Landesregierung strikt weigert, alle Möglichkeiten des **europäischen Vergaberechts** zu nutzen, um im eigenen Einflussbereich bei der Vergabe öffentlicher Gelder auf Landes- bzw. Gemeindeebene vom „**Billigstbieterprinzip**“ abzugehen und auf das „**Bestbieterprinzip**“ umzuschwenken. Zumindest solange, solange Betriebe aller Branchen, ob groß oder klein, die in einem der engsten sensibelsten Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsräume nicht nur mit den Besonderheiten unserer Topographie im Wettbewerb anders aufgestellt sind als Betriebe aller Branchen in Flachländern. Und die zusätzlich auch noch den sogenannten „Freiheiten“ eines zwar liberalisierten, aber bis heute nicht harmonisierten Binnenmarktes ausgesetzt sind. Was nützen uns denn diese Freiheiten, um es auf den Punkt zu bringen, an folgenden zwei Beispielen:

Dienstleistungsfreiheit – die heimischen Betriebe mit ihren hohen Lohn- und Lohnnebenkosten müssen sich einem Wettbewerb stellen, der mit einem 100-m-Lauf wie folgt zu vergleichen ist: Der Konkurrent läuft bei der 40, 50 oder 60-m-Marke los, wir bei der Marke 0 und haben bei der Auftragsvergabe schon verloren, bevor der Start erfolgt ist.

Verkehrsfreiheit – was nützt uns denn diese Freiheit, wenn dadurch per EuGH-Urteil sogar der Müll-, Schrott-, Abfälle-, Fahrzeugtransit etc. wieder von der Schiene auf die Straße zurück verlagert wird und die Gesundheit der Menschen und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe damit tagtäglich verletzt werden?

Da fehlt der Regierung gänzlich und der Opposition zum Teil der Mut, darüber auch nur ernsthaft zu diskutieren, sondern wird dies als „Angriff auf die EU“ gesehen, abgetan und sofort die „Igel-Haltung“ eingenommen. Gerade so, als wäre die EU ein Vertragswerk, welches auf ewige Zeiten unantastbar und nur ja nicht zu kritisieren sei. Und das auch noch zu einer Zeit, in der Milliarden Euro von uns abgezogen werden, um sie irgendwo unter sogenannte „Rettungsschirme“ (Missbrauch des Begriffs) hin zu verschieben, wo sich Spekulanten, Hasardeure und andere Geldvernichter damit aus ihrer persönlichen Verantwortung entziehen können. Die sich unter diesen „Schirm“ stellen, der von denen finanziert werden soll, die ohnehin am wenigsten verdienen – **wo bleibt da der Aufschrei?** Denn gerade wir Tirolerinnen und Tiroler sind bekannt für unsere Solidarität mit anderen, wenn wir allein auf zahlreiche Spendenaktionen denken. Diese Solidarität muss aber dort aufhören, wo in mehr als dubiose Bereiche finanziert wird und unser Euro auf Nimmerwiedersehen verschwindet, ohne die Situation zu bereinigen. Dieser Bereich ist einer der schwierigsten Bereiche – denn die vier Grundfreiheiten werden immer noch so hingestellt, als ob sie unverrückbar wären. Dabei sollte ein Blick auf die Staatshaushalte des Binnenmarktes genügen, um zu wissen, dass eine Lösung der Schuldenproblematik auch ein Umdenken notwendig macht. Da kann sich Tirol zwar über ein Budget freuen, doch das nützt uns alles nichts, weil wir seit 1. Jänner 1995 voll im EU-Boot sitzen und daher auch wie alle anderen haften und vor allem zwangsweise zur Kasse gebeten werden.

Ursachen statt Symptome.

Wenn wir also diese viereinhalb Jahre zurückschauen, dann haben wir den Bürgerklub Tirol so platziert, wie wir das 2008 **VOR** der Landtagswahl versprochen haben – mit allen Problemen, die damit verbunden waren und sind. Und möchten, falls wir genug Vertrauen bei der nächsten Wahl erhalten, diesen Weg weitergehen und zusätzlich sehr stark auf Ursachen- statt

Symptombekämpfung setzen. Dazu ein paar Beispiele, wo sowohl Teile der Regierung als auch Teile der Opposition reflexartig blocken:

Änderung des Landesrechnungshofes – wir wollen aus dem heutigen „Nachsorge-Rechnungshof“ einen „**Vorsorge-Rechnungshof**“, der uns fertige Projekte incl. Folgekosten (!) durchrechnet und eine Entscheidungsgrundlage liefert. Die bisherige Praxis, politisch motiviert einen „billigen Grundsatzbeschluss“ zu errechnen und dann im Halbjahres- oder Jahresrhythmus aufzustocken, bis das Projekt dann doppelt oder dreifach so teuer abgerechnet wird, ist angesichts der Budgetvorgaben und der Leitlinien des Bundesfinanzierungs- und Bundeshaushaltsgesetzes nicht verantwortbar.

Änderung der Geschäftsordnung – es ist uns ein persönliches und ernsthaftes Anliegen, bestimmte Rituale und Abläufe der Landtagsarbeit zu diskutieren und der Zeit anzupassen. Dabei steht nicht eine Schwächung des Tiroler Landtags, sondern ausschließlich eine **Stärkung des Tiroler Landtages** im Vordergrund. Vor allem die letzten Jahre haben dazu geführt, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden, dass junge Menschen vollkommen desinteressiert sind und auch eines der demokratiepolitischen wichtigsten Rechte jedes Menschen – die **freie Wahl und damit das Mitbestimmen** – nicht mehr wahrgenommen werden. Was zwar nicht hindert, jahraus und jahrein über die Politik herzuziehen, sie zu beschimpfen und zu kritisieren, aber dabei zu vergessen, dass wir alle, ob wir wollen oder nicht, von der Wiege bis zur Bahre von einem Umfeld und Rahmenbedingungen begleitet werden, welche von der Politik und ihren Einflüsterern gestaltet und gemacht werden.

Wenn sich BesucherInnen des Landtags mit den Worten „**Kasperltheater**“, „**Kindergarten**“ oder Besucher des Livestreams mit hier nicht wiederzugebenen Beschimpfungen auf der Straße, im Betrieb oder auch telefonisch äußern, müsste eigentlich bei allen im Tiroler Landtag vertretenen Gruppierungen die **Alarmglocke läuten**. Da dies bisher leider nicht der Fall ist, wollen wir verschiedene verkrustete Rituale und Abläufe – aus unserer nunmehr über vier Jahre persönliche erlebten Erfahrung – zur Diskussion stellen und verbessern. Dazu gehören bspw. „Schriftliche und mündliche Anfragen“, „Aktuelle Stunde“, „Beschränkung der Redezeit“, „Beschränkung von Anträgen“ etc. nach dem Grundsatz, der sonst privat oder auch wirtschaftlich sehr gerne angenommen wird: „**Qualität statt Quantität**“. Tun wir das nicht, sind wir selbst Wegbereiter des weiteren Verfalls von Respekt und des weiteren Imageverlustes von uns allen. Wir stehen daher nicht an, einen Wunsch daraus abzuleiten: Politiker sollen wieder begrüßt, statt beschimpft werden.

„Diejenigen, die zu klug sind, sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst“ (Platon, 427 v. Chr. bis 347 v. Chr.) – auch das ist zu bedenken, wenn persönliches politisches Engagement bis hin „zum Wählen“ aufgegeben wird.

Daher stellen wir abschließend fest: Diese ersten Jahre im Tiroler Landtag waren zum Teil erfolgreich, weil es uns auch mit bescheidensten Mitteln gelungen ist (bspw. keine Parteiförderung), in uns wichtigen Anliegen verfassungsmäßige Mehrheiten zu finden. Oft genug sind wir aber auch an diesem **„tirol- und politikfeindlichen, nicht mehr zeitgemäßen Gehabe“** – da Regierung, da Opposition – gescheitert und müssen noch weiter aufbrechen. Ebenso mussten wir sehr ordentlich „Lehrgeld“ bezahlen, weil wir zu gutgläubig waren und die uns eigene Handschlagsqualität, Loyalität und Ehrlichkeit im Umgang miteinander auch denen zugetraut haben, die 2008 mit uns angetreten sind – das war ein Fehler, den wir nicht mehr machen.

Wir leben in einer mehr als schwierigen Zeit, in einem mehr als schwierigen Umfeld (Liberalisierung ohne Harmonisierung) und einem Zerfall jeder politischen Glaubwürdigkeit. Wir als **„Gurgiser & Team – Bürgerklub Tirol“** wollen, falls uns die WählerInnen genug Vertrauen schenken, den Weg der **„Gelebten Bürgerpolitik statt der diktierten Parteipolitik“** im Tiroler Landtag fortsetzen. Auch wenn er mühsam und steinig ist – doch die schönsten Gipfel unserer Heimat erreicht man auch nicht auf glattem Asphalt, sondern über schmale und steinige Wege. Es sind unsere Kinder, die uns vertrauen und es sind die nächsten Generationen, für die sich unser Engagement lohnen soll.

Es ist im Tiroler Landtag die Zeit reif, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen und niemals darauf zu vertrauen, dass andere Politiker in außeralpinen Regionen unsere existenziellen Probleme lösen werden – auch wenn es politisch verlockend ist, die persönliche Verantwortung der Gegenwart mit allerlei Projekten in die Jahre 2030 und später **„zu verlagern“**.

Wir als **„Gurgiser & Team – Bürgerklub Tirol“** wollen von unseren Kindern **nie gefragt werden, ob wir nicht gewusst haben, was wir tun**. Das müssen wir aus der Geschichte lernen und das sind wir Tirol, unserer Bevölkerung und Wirtschaft schuldig. Unsere Heimat haben wir nur einmal, eine zweite können wir nicht aus dem Ärmel schütteln und deshalb lohnt sich unsere direkte, intensiv **„gelebte Bürgerpolitik statt der diktierten Parteipolitik“**.

Fritz Gurgiser & Thomas Schnitzer
22. Oktober 2012